

Der Courier
In die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada \$2.50
für Ausland \$3.50
Büros und Druckerei:
1885 Halifax Street, Regina.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang

12 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 22. Oktober 1924

12 Seiten

Nummer 50

Starke Protestbewegung gegen Beseitigung der Crow's Nest Pass-Frachtraten

Entrüstungsturm von Winnipeg bis Vancouver Die prinzipielle Seite der Frage

Ottawa. — Der Board of Railway Commissioners hat am 14. Oktober beschlossen, daß die Crow's Nest Pass-Frachtraten innerhalb 15 Tagen außer Kraft zu setzen sind, wodurch die Eisenbahnfrachten auf dieselbe Stufe gestellt werden wie vor dem 6. Juli 1924. Die Raten für Getreide und Mehl nach dem Osten, die vor 2 Jahren eingeführt wurden, werden durch die Entscheidung nicht berührt.

Der Beschluß wurde auf Betreiben von Boyce, unterstützt von Lawrence und Kante, gefaßt. Dagegen waren die Kommissionäre MacLean und Oliver. Oliver vertrat den Standpunkt, daß der "Board" nicht die Macht habe, Bestimmungen eines Parlamentsakts außer Kraft zu setzen.

Oberkommissar McKeown erklärte dazu: „Aus der Entscheidung ergibt sich, daß die Frachtermäßigung, die im Crow's Nest Pass-Abkommen vorgegeben war, vermindert muß. Unter den jetzt herrschenden Verhältnissen ist es unmöglich, einen gerechten und angemessenen Ausgleich in den Frachtraten zwischen dem einen Ende und dem anderen wie auch zwischen dem Transporteur und den Eisenbahnen vorzunehmen, wenn solche Ermäßigungen und solche Bestimmungen wie die des Crow's Nest Pass-Abkommens fortbestehen. Die nun getroffene Entscheidung wird jeden Unterschied zwischen den Städten beseitigen und wird die unterschiedliche Behandlung verhindern lassen. Die dadurch entfallende, die Wohltat solcher Raten nicht auf neue Raten angewendet wird.“

Kommissar Boyce vertrat die Meinung, daß durch den Ausnahmefrachttarif eine heillose Verwirrung angerichtet worden sei. Die Canadian Pacific Railways habe durch ihre Veröffentlichung alle anderen Bahnen, die mit ihr in Wettbewerb stehen, gezwungen, sich der ungerechten Konkurrenz zu beugen und ihre Frachtraten noch weiter herabzusetzen als die C. P. R., obwohl sie dazu gar nicht durch vertragliche Verpflichtungen gebunden waren. Der ganze Aufbau des canadischen Frachttarifs sei so in Unordnung geraten.

Kommissar MacLean, der gegen die Entscheidung opponierte, bemerkte, es handle sich um einen Vertrag, der von der Gesetzgebung gebilligt sei, und der daher nicht durch einen Ausschuß einfach aufgehoben werden könne. Denn der Ausschuß habe keine regulativen Vollmachten. Kommissar Oliver, der andere Gegner des Beschlusses, vertrat eine ähnliche Auffassung. Der Ausschuß der Eisenbahnkommissionäre könne nicht einfach einen Teil eines Eisenbahnvertrages beseitigen, sondern sei im Gegenteil zu treuer Ausführung der Vertragsbestimmungen verpflichtet. Die Regierung könne wohl mit der C. P. R. über ein neues Abkommen an Stelle des alten verhandeln, aber er sei der Meinung, daß der Vertrag, der die Förderung des Handels zwischen Ost- und Westkanada zum Ziele habe, an dem Grundgesetz niedriger Frachttarife für Urprodukte festhalten solle.

La Follette über Amerikas Kriegspolitik

fortschrittlicher Präsidentschaftskandidat enthüllt die Kriegstreiberereien der Finanzmagnaten

Verfallener Vertrag ist „ein Vertrag der Schande“

St. Louis, 18. Okt. — Senator Robert La Follette, der unabhängige Kandidat für das Präsidentschaftsamt, hat in einer ausverkauften Versammlung, die er im St. Louis in einem öffentlichen Saal an der Spitze von hunderttausend Zuhörern abhielt, die Kriegstreiberereien der Finanzmagnaten enthüllt. Er sagte, daß es Zeit sei, die alten amerikanischen Prinzipien und Traditionen wieder zu beleben, die von Präsident Wilson und auch von der Harding-Coolidge-Administration außer Acht gelassen worden seien.

Es ist Tatsache, daß unsere Abmachung mit den neutralen amerikanischen Prinzipien mit der Entwicklung des Imperialismus unter William McKinley begann und unter Roosevelt und Taft gefördert wurde, sagte der Redner.

Am selben Saal, in welchem Wilson 1916 wiedergewählt wurde, ergriff sich La Follette dann in einem scharfen Tadel des letzten demokratischen Präsidenten, „Wilson wurde als Anti-Imperialist erwählt“, sagte der Redner.

„Als in Europa im Sommer 1914 der Krieg ausbrach, trat Wilson für absolute Neutralität ein — für Neutralität in Gedanken, Worten und Werken. Das war eine wahrhaftige amerikanische Politik. Wenn diese Politik beibehalten worden wäre, würden wir...

... in europäischer Politik verwickelt worden sein, wir würden von den traurigen Folgen in den letzten fünf Jahren nicht in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Sechzigtausend amerikanische Jungen würden noch am Leben sein; wir würden nicht von einer blutigen Kriegsschuld belastet worden und nicht gezwungen sein, hohe Steuern zu bezahlen. Wir würden nicht dem Problem gegenüberstehen, für Hunderttausende von imobilien und frankfurter Banken zu sorgen, die in den letzten Jahren im Ruin gegangen sind. Wir würden nicht gezwungen sein, irgend eine der am Weltkrieg beteiligten europäischen Nationen den Krieg zu erklären. Präsident Wilson machte großen Fehler, die freigeschriebenen Nationen Europas nicht gleich zu behandeln, und den weiteren Fehler, die ungeschicklichen Kriegsjahre Britanniens und Deutschlands nicht zu ignorieren.“

„Ich zweifle nicht daran, daß Präsident Wilson ehrliche Absichten hatte, als er sich für absolute Neutralität erklärte. Ich kenne aber die Einflüsse, denen er ausgesetzt war, und die auf ihn Tag für Tag und Monat für Monat einen Druck ausübten, um ihn zu veranlassen, seine Neutralitäts-Stellung zu ändern und die Verträge der alliierten Regierungen auszugeben.“

Die Memoiren und Briefe von Franklin R. Lane und Walter S. Ross und andere Dokumente, die kürzlich veröffentlicht wurden, legen den in seinen Methoden, die angewendet wurden, um Wilson zum Nachgeben zu veranlassen, Zeugnis ab. „Als wir anfangs des Weltkrieges unsere Neutralität behaupteten, fanden sich zwei Wege offen, die beide zum Frieden führten. Einer bestand darin, auf Freiheit der Meere zu bestehen und uns gegen jeden Versuch zu wehren, unsere Rechte als neutrale Nation zu beschränken. Präsident Wilson und andere Nichtkontrahenten an irgend eine Nation zu verpflichten. Diese Politik war England gegenüber von Washington und Jefferson 1793 im Krieges Englands gegenüber Frankreich eingeschlagen worden. Sie war auf internationaler Recht begründet und in der Erklärung von London anerkannt worden. Der zweite Weg, der zum Frieden führen würde, hätte darin bestanden, unseren Handel mit beiden Nationen zu öffnen und offen hand zu machen, beide Nationen unseren Handel zu erlauben und uns offen für den Handel mit beiden Nationen zu erklären. Das ist die Politik, die wir heute verfolgen.“

„Wir gestatteten England, in der ganzen Nordsee Minen zu legen. Wir gestatteten England, unseren ganzen legitimen Handel mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen mit Deutschland abzusperren und unsere Handelsbeziehungen mit den neutralen Standorten zu beschränken. Wir gestatteten dem Kaiser die Verletzung internationaler Rechte, die im Vertrag von London festgelegt waren, indem wir die Verletzung der Neutralität erlaubten. Wir gestatteten England, unsere Beziehungen mit den neutralen Standorten zu beschränken und unsere Handelsbeziehungen mit Deutschland abzusperren. Das ist die Politik, die wir heute verfolgen.“

Machtvolle Entwicklung British Columbiens

Wird von Premier King in Victoria Rede prophezeit

Victoria. — Wie in allen Städten des Westens hat Premier Madenzie King auch in British Columbia überall eine begeisterte Aufnahme gefunden. Besonders groß war die Veranlassung in Victoria, die von über 5000 Personen besucht war. Der Premier führte unter anderem aus: „Die nächste Wirtschaftskraft British Columbiens und seine großen Entwicklungsmöglichkeiten, die durch die gewaltigen Märkte an den Küsten des Stillen Ozeans noch gesteigert werden, während Kontrakte für über 800 Millionen Dollars erfüllt werden, die nur bezahlt werden können, wenn Amerika in den Krieg hineingezogen wurde. Hunderte von anderen Banken entstanden sich in der gleichen Lage. Auch hier hatten britische und französische Aktienbesitzer kein Eingeständnis gemacht. Die Bonds der Alliierten wurden fallen gelassen und wertlos geworden. Das Haus Morgan konnte nur gerettet werden, indem die Verstaaten die Verbindlichkeiten übernahmen. Das geschah, aus diesem Grunde liegen die Verstaaten die Prinzipien von Washington und Jefferson im Stich.“

„Der ich der schriftliche Bericht von Oscar T. Grosby, dem Vizepräsidenten des Handelsrates, ist, daß die Alliierten außer diesen Verbindlichkeiten 800 Millionen Dollars in Amerika gekaufte Waren schuldeten.“

„Das war der Grund, weshalb King die Alliierten außer diesen Verbindlichkeiten 800 Millionen Dollars in Amerika gekaufte Waren schuldeten.“

Sieg der Saskatchewan-Regierung in Wynyard

Schwere Niederlage der Progressiven
Wynyard. — Die am Montag abgehaltene Provinzialwahl in Wynyard ergab eine Mehrheit von 1028 Stimmen für den liberalen Regierungskandidaten B. Paulson. Der progressive Kandidat E. J. Vardal erlitt eine Niederlage, wie sie wohl von keiner Seite erwartet wurde. Paulson bekam 2524 Stimmen, Vardal nur 1516. Alle „Bols“, mit Ausnahme von 12, hatten eine liberale Mehrheit.

Der Sieg der Regierung kann man erst dann voll würdigen, wenn man bedenkt, daß bei der letzten allgemeinen Provinzialwahl der Regierungsgegner, G. B. Robertson, der sich als Independent ausgab, 2197 Stimmen erhielt, während auf den damaligen Regierungskandidaten D. H. Muffelmann 1525 Stimmen trafen. Diesmal ist das Verhältnis direkt umgekehrt. Die Regierungsmehrheit ist diesmal sogar noch größer als das letzte Mal die Oppositionsmehrheit.

„Zum Schluß muß noch darauf hingewiesen werden, daß in dem Wahlkampf gewisse Farmerfragen wie Wheat Pool u. s. w., eine große Rolle spielten. Nicht man das in Betracht, so muß man zu der Auffassung kommen, daß in meinen Farmerkreisen doch ein ziemlich starkes Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung vorhanden ist.“

Rusland kann kein Getreide liefern

Rom, 20. Okt. — Die Brotpreise sind um 10 Prozent gestiegen, weil Sowjetrußland es unterließ, im Einklang mit seinem italienischen Kontrakt Getreide zu liefern. Infolge des großen russischen Kontrahats wurden amerikanische Getreidebestellungen beschleunigt, bisher lieferten die Russen aber noch keinen einzigen Sack mit Getreide. Gerüchten über die Knappheit folgte die Spekulation und die Getreidepreise stiegen in den letzten zwei Wochen um 50 Prozent.

Streik der Kohlenbergarbeiter in Alberta beendigt

Einige Blöcke gegen die neue Vereinbarung
Calgary. — Die Kohlenbergarbeiter von Alberta haben das neue Abkommen, über dessen Inhalt im letzten "Courier" schon nähere Mitteilungen gemacht worden sind, durch ihre Abstimmung am 16. Oktober mit überwiegender Mehrheit gebilligt. Damit ist der Streik beendet, der seit 31. März dauerte und etwa 8000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen.

Die Abstimmung hatte in den einzelnen Distrikten folgende Ergebnisse:
Drumheller — 527 dafür, 1.105 dagegen.
Bethbridge — 220 dafür, 235 dagegen.
Ferne — 495 dafür, 63 dagegen.
Mead — 195 dafür, 115 dagegen.
Coleman — 425 dafür, 113 dagegen.
Edmonton (ein Local) — 1 dafür, 39 dagegen.

Anerkennung der Moskauer Regierung durch Frankreich

Paris, 20. Okt. — Von amtlicher Seite wurde bekanntgemacht, daß die französische Regierung am kommenden Freitag die Sowjetrepublik von Rußland förmlich anerkennen werde.

Ein Bericht über die Anerkennung der Moskauer Regierung durch Frankreich ist in der Zeitung "Le Matin" veröffentlicht worden. Er enthält folgende Angaben: Die französische Regierung hat am 19. Oktober die Moskauer Regierung förmlich anerkannt. Die Anerkennung wurde durch einen Beschluss des Ministerrats beschlossen. Die französische Regierung wird die Moskauer Regierung als die einzige legitime Regierung von Rußland anerkennen.

Letzte Nachrichten

Ottawa, 21. Okt. — Das Bundesparlament hat heute den Antrag angenommen, die Russische Regierung zu erkennen. Der Antrag wurde von dem Liberalen Abgeordneten G. B. Mullock eingebracht. Die Russische Regierung wird als die einzige legitime Regierung von Rußland anerkannt.

Die russische Regierung wird als die einzige legitime Regierung von Rußland anerkannt. Die französische Regierung hat am 19. Oktober die Moskauer Regierung förmlich anerkannt. Die Anerkennung wurde durch einen Beschluss des Ministerrats beschlossen.